



PROTOKOLLAUSZUG

zum

AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 16.07.2009

ÖFFENTLICH

TOP 1

Kinder- und Familienzentrum im Mehrgenerationenhaus Grünbühl-Sonnenberg
Grundsatzbeschluss
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 257/09

Beschluss:

1. Grundsatzbeschluss über Neubau Kinder- und Familienzentrum:
Dem Neubau des Kinder- und Familienzentrums in der Weichselstraße wird zugestimmt. Grundlage bildet die Planung des im Verfahren der Mehrfachbeauftragung ausgewählten Architekturbüros Michael Schelle, Ludwigsburg.
2. Vergabe von Planungsleistungen (Architektur):
Der Vergabe der Leistungsphasen 1 – 8 und 9 (Dokumentation) an das Architekturbüro Michael Schelle, Rosenstraße 5, 71640 Ludwigsburg, auf der Grundlage des Angebotes vom 02.07.2009 mit einem Gesamthonorar in Höhe von 205.000,- EUR inkl. 19 % MwSt. und einschließlich Nebenkosten wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Lutz

Beratungsverlauf:

BM **Schmid** verweist einleitend auf die vorliegende Beschlussvorlage Nr. 257/09.

Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) erläutert anschließend die Vorlage und die Planung des Mehrgenerationenhauses anhand von Plänen.

Stadtrat **Noz** dankt in seinen Ausführungen für die Vorstellung der Planung und stellt fest, es sei wichtig, dass sich etwas bewege. Er beantragt für die CDU-Fraktion, solche Entscheidungen wie das Mehrgenerationenhaus, die keine gesetzliche Vorgabe haben, unter dem Haushaltsvorbehalt zu stellen. Dies gelte für alle Tagesordnungspunkte auf der heutigen Tagesordnung.

Für die FW-Fraktion merkt Stadtrat **Glasbrenner** an, man habe ähnliche Bedenken, wie die CDU-Fraktion. Er weist im Rahmen seiner Ausführungen darauf hin, dass es sich heute nicht um den

Baubeschluss handle und man sicher im Laufe des Prozesses einige Dinge zurückstellen müsse. Ansonsten stimme seine Fraktion der Planung gerne zu.

Stadträtin **Liepins** stellt für die SPD-Fraktion fest, ihrer Fraktion gehe es ähnlich. Sie weist darauf hin, dass es in Grünbühl bereits ein Mehrgenerationenhaus gebe und für sie die nicht klar sei, welche Gegeneinnahmen man erhalte. Zum Verfahren merkt sie an, es handelte sich um eine Mehrfachbeauftragung und die anderen Entwürfe hätte sie ebenfalls gerne gesehen. Die vorgestellte Architektur gefalle ihr nicht.

Stadtrat **Gericke** begrüßt im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Projekt. Er erkundigt sich in wie weit Haushaltsmittel dafür zur Verfügung gestellt werden können und er sieht diese Projekt als vordringlich an.

Stadträtin **Burkhardt** merkt an, die Vorlage sei das Ergebnis eines Wettbewerbs. Das Bewertungsgremium habe ausgesagt, dass ein gutes Raumangebot und um eine gute Einbindung des Hauses in die Umgebung vorliege. Sie fragt an, ob die Erzieherinnen bei der Entscheidung über das Raumangebot mit einbezogen wurden. Weiter weist sie darauf hin, dass das Bewertungsgremium auf eine Verbesserung der Wärmedämmung und der Fassade hingewiesen habe. Sie bittet darum auch eine Verbesserung der Farbgestaltung der Fassade anzugehen. Schwarz sei keine besonders geeignete Fassadenfarbe für eine Kindereinrichtung. Abschließend merkt sich an, es ist positiv, dass in der Vorlage die Folgekosten differenziert ausgewiesen wurde.

Anschließend beantworten Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft), Frau **Deimel** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung), Herr **Burkhardt** (FB Stadtplanung und Vermessung) sowie BM **Schmid** die Fragen aus dem Gremium zur Finanzierung, zur Mehrfachbeauftragung und zur Fassadenfarbe.

Zur Fassadenfarbe merkt Herr **Weißer** an, darüber könne noch im weiteren Verfahren diskutiert werden.

Anschließend erläutert Herr **Weißer** anhand von Plänen die Entwürfe und Planungen der weiteren Teilnehmer der Mehrfachbeauftragung. In seinen Ausführungen geht er auf die wesentlichen Punkte ein, die für den ausgewählten, in der Vorlage dargestellten, Entwurf sprechen.

Stadtrat **Juranek** weist darauf hin, es wäre besser gewesen, wenn dem Gemeinderat die ersten 3 Entwürfe zur Verfügung gestanden hätten. Er stellt fest, die Fassade des ausgewählten Entwurfs spiegle nicht das wieder, was im inneren stattfindet.

Stadtrat **Dr. Lang** merkt an, man sollte die Nutzung und die Attraktivität für die Nutzer in den Vordergrund stellen. Man sollte energetisch die Optimierung durchaus durchführen, aber Qualität der Energie zu opfern, so weit gehe es für ihn noch nicht. Die architektonische und Raumnutzungs-Qualität stehe für ihn klar im Vordergrund.

BM **Schmid** schlägt am Ende der Beratung vor, man werde dem Gemeinderat künftig die Beratungstermine des Bewertungsgremiums mitteilen, und man werde von den weiteren Teilnehmern zumindest einen Übersichtsplan der Vorlage anhängen.

Dies wird vom des Gremiums positiv aufgenommen.

Abschließend merkt BM **Schmid** zum Antrag von Stadtrat Noz an, dass die Beschlussfassung unter dem Haushaltsvorbehalt stehe. Sodann lässt er über die Vorl.Nr. 257/09 abstimmen.

Beschluss:

Die Vergabe der Fliesenbelagsarbeiten an die Firma Peter Schreiner Fliesen GmbH, Im Ried 8, 71679 Asperg auf der Grundlage ihres Angebotes vom 16.06.2009 mit einer Vergabesumme in Höhe von 110.000,- EUR inkl. 19 % MwSt. wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Lutz

Beratungsverlauf:

BM **Schmid** verweist einleitend auf die vorliegende Beschlussvorlage Nr. 319/09 und lässt darüber abstimmen.

Die Frage von Stadtrat **Glasbrenner** ob man sich im Kostenrahmen befinde, wird von Herrn **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) bejaht.

Beschluss:

1. Ausbau der Betreuung unter Dreijähriger

Der Erweiterung von zwei Krippengruppen zur Betreuung unter Dreijähriger im Kindergarten Egerländer Straße 12 wird zugestimmt.

2. Grundsatzbeschluss Sanierung und Erweiterung Kindergarten Egerländer Straße 12

Der Sanierung und Erweiterung des evangelischen Kindergartens Egerländer Straße 12 mit Gesamtkosten in Höhe von 547.000 EUR inkl. 19% MwSt. wird zugestimmt. Die Kosten werden im Haushalt 2009 und 2010 finanziert.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

BM **Schmid** verweist einleitend auf die vorliegende Beschlussvorlage Nr. 273/09, die anschließend von Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) erläutert wird.

Stadtrat **Lutz** stellt fest, das vorgestellte Konzept biete sich an. Auch dieses Projekt sehe man unter dem Haushaltsvorbehalt, dass dies im Haushalt mit aufgenommen werden kann. Er erkundigt sich nach dem vorgesehenen Zeitablauf, wann dieses Projekt umgesetzt und wie finanziert werden solle. Man stehe hier im Wort etwas zu tun.

Stadtrat **Glasbrenner** stellt fest, dies sei eines der dringenderen Bauvorhaben vom Bedarf her und dies werde eines der Projekte sein, das nicht zurückstellbar ist. Die FW-Fraktion stimme der Vorlage zu. Er weist darauf hin, dass die in der Vorlage genannten Deckungsmittel keine Deckungsmittel sondern reine Liquiditätsmittel sind. Dies müsse die Verwaltung bis zur Sitzung des Gemeinderats nochmals nachprüfen.

Stadträtin **Liepins** erklärt die Zustimmung der SPD-Fraktion zur Vorlage und merkt an, auch ihre Fraktion habe mit dem Deckungsvorschlag Probleme. Sie bittet die Verwaltung um Erläuterung der Kosten und Finanzierungsaufstellung in der Vorlage auf den Seiten 3 und 4.

Stadträtin **Matschiner** führt aus, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimme der Vorlage zu, es werde höchste Zeit, dass die Schadstoffsanierung durchgeführt werde.

Stadträtin **Burkhardt** weist darauf hin, dass der Umbaubeschluss dringend notwendig sei. Zum Einen wegen des Bedarfs in der Oststadt und zum anderen wegen der Schadstoffsanierung. Sie erkundigt sich, ob bereits geeignete Räume für den Betrieb während der Umbauzeit gefunden wurden.

Sodann erklärt sie zu Protokoll:

„Ich war gestern im BSS und habe die Diskussionen dort miterlebt. Die Klärung der Umbaumaßnahmen in der Anton-Bruckner-Schule/Uhlandschule wird noch einige Zeit auf sich warten lassen. Deswegen bin ich eigentlich der Meinung, dass es dringend erforderlich ist, die Charlottenkrippe so schnell als möglich umzubauen. Für den Bedarf, das ist ja eigentlich, bei der Charlottenkrippe sind ja die U3-Kinder und deren Bedarf, die originäre Aufgabe der Charlottenkrippe. Ich möchte fürs Protokoll aufgenommen haben, dass ich der Zurückstellung der Charlottenkrippe in diesem Zusammenhang nicht zustimme.“

Herr **Weißer** merkt an, die Charlottenkrippe ist geplant, aber noch nicht im Bau, da man bei der Eingabe des Baurechts Nachbareinsprüche habe, und man müsse warten, bis diese geklärt sind.

Ergänzend stellt Herr **Dr. Zoll** (FB Bildung, Familie, Sport) fest, die Baumaßnahme, der Mehrzweckraum der Charlottenkrippe, stehe in keinem Zusammenhang mit dem Ausbau der U3-Betreuung. Er erläutert, dass es in der Vorlage um die Betriebsausgaben des Ausbaus der U3-Betreuung geht und erklärt, weshalb man hier die Charlottenkrippe im Zeitplan etwas nach hinten schieben kann.

Anschließend beantwortet Herr **Weißer** die Fragen aus dem Gremium zur Terminierung, zur Finanzierung und zur Schadstoffsanierung. Er sagt dem Gremium zu, die Aufstellung der Baukosten bis zur Sitzung des Gemeinderats zu prüfen.

Danach lässt BM **Schmid** über die Vorl.Nr. 273/08 abstimmen.

TOP 4.1Sanierung Uhland-/Anton-Bruckner-Schule
(Vorberatung)Vorl.Nr. 270/09

Beratungsverlauf:

Der Tagesordnungspunkt 4.1 Sanierung Uhland-/Anton-Bruckner-Schule, Vorl.Nr. 270/09 wird vor Eintritt in die Tagesordnung von dieser abgesetzt.

TOP 4.2Lern- und Spielclub Wilhelmstraße 35
(Vorberatung)Vorl.Nr. 283/09

Beschlussvorschlag:

1. zurückgezogen

2. Grundsatzbeschluss über Sanierung Wilhelmstraße 35

Der Sanierung des Gebäudes Wilhelmstraße 35 mit Gesamtkosten in Höhe von 604.000,-- EUR inkl. 19 % MwSt. wird zugestimmt. Die Maßnahme in Höhe von 604.000,-- EUR wird im Haushalt 2009 und 2010 finanziert.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Die Beschlussfassung erfolgt abweichend. Ziffer 1 der Vorl.Nr. 283/09 wird von der Verwaltung zurückgezogen und nicht zur Abstimmung gestellt.

BM **Schmid** verweist einleitend auf die vorliegende Beschlussvorlage Nr. 283/09. Er weist darauf hin, dass in der vorangegangenen Beratung im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales (BSS) von der Vorl.Nr. 283/09 nur die Ziffer 2 beschlossen wurde. Ziffer 1 wurde von der Verwaltung zurückgezogen.

Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) erläutert das Vorhaben anhand von Plänen und geht kurz auf den Zeitplan ein.

Stadtrat **Noz** weist darauf hin, dass es verschiedene Schreiben der Eltern und Elternvertreter gebe. Er erkundigt sich, ob man die Vorl.Nr. 270/09 und 283/09 getrennt betrachten könne.

Herr **Dr. Zoll** (FB Bildung, Familie, Sport) erläutert kurz die Zusammenhänge zwischen den Maßnahmen der Uhland-/Anton-Bruckner-Schule, dem Lern- und Spielclub und der Charlottenkrippe.

Es folgt dann eine Aussprache innerhalb des Gremiums. Dabei bittet Stadtrat **Glasbrenner** um Aussagen dazu, welche Beträge und Beschlüsse in 2009 und welche in das Jahr 2010 fallen.

Stadtrat **Gericke** bittet um Vorstellung des zeitlichen Fahrplans beim Grundschulareal. Er merkt weiter an, dass er nicht nachvollziehen könne, weshalb im BSS die Ziffer 1 zurückgezogen wurde. Die Sanierung des Gebäudes werde befürwortet.

Stadträtin **Burkhardt** führt im Rahmen der Beratung aus, die Sanierung des Gebäudes sei dringend notwendig und ohne Probleme machbar. Die Finanzierung wurde zum Teil bereits mit dem Konjunkturpaket II im April beschlossen. Sie spricht weiter die Essensausgabe im Gebäude an, und weist darauf hin, dass sie diese als kritisch ansehe.

Die Stadträte **Juraneck** und Frau **Liepins** sehen die vorgesehene Essensausgabe ebenfalls kritisch.

Auf Bitten von Stadtrat **Juraneck** stellt Herr **Dr. Zoll** kurz die Essensversorgung im Grundschulbereich dar.

Stadtrat **Dr. Lang** merkt an, man stelle das Projekt heute "auf das Gleis", "grünes Licht" gebe es jedoch erst, wenn die Finanzierung stehe.

Herr **Weißer** und BM **Schmid** gehen auf das Thema der Finanzierung ein und erläutern diese. BM **Schmid** sagt dabei zu, die Finanzierung bis zur Sitzung des Gemeinderats vorzulegen.

Am Ende der Beratung stellt BM **Schmid** die Ziffer 2 der Vorl.Nr. 283/09 zur Abstimmung. Er weist zuvor darauf hin, dass Ziffer 1 der Vorlage zurückgezogen wurde.

Beschluss:

Der Vergabe nachfolgender Bauleistungen wird zugestimmt:

	Gewerk	Firma	Angebot vom	Vergabesumme inkl. 19% MwSt.
1	Schreinerarbeiten Türen	KA möbel systeme Walddorfer Straße 5 72141 Walddorfhäslach	15.06.2009	230.000,-- EUR
2	Dachabdichtungsarbeiten	H. Fritz GmbH Gottlieb-Daimler-Straße 64/1 71711 Murr	10.06.2009	208.000,-- EUR

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Lutz (befangen)
Stadtrat Juranek (befangen)

Beratungsverlauf:

Die Stadträte **Lutz** und **Juranek** sind gem. § 18 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg befangen. Sie beteiligen sich nicht an der Beratung und Beschlussfassung und nehmen im Zuschauerraum Platz.

BM **Schmid** verweist auf die vorliegende Beschlussvorlage Nr. 238/09 und stellt diese zur Abstimmung.

Eine Aussprache erfolgt nicht.

Beschluss:**Vergabe:**

Die Vergabe der Tragwerksplanung für den Bau des Kinder- und Familienzentrums „Hartenecker Höhe“ in die ehemalige Turnhalle an das Büro Bornscheuer Drexler Eisele GmbH, Nöllenstraße 7, 70195 Stuttgart auf der Grundlage der HOAI und ihres Angebotes vom 15.05.2009 mit einem Honorar in Höhe von pauschal 59.500,-- EUR inkl. 19 % MwSt. und einschließlich Nebenkosten wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

BM **Schmid** verweist auf die vorliegende Beschlussvorlage Nr. 309/09 und stellt diese zur Abstimmung.

Eine Aussprache erfolgt nicht.

Beschluss:

In den Obweiler Zugwiesen bei der Staustufe Poppenweiler wird als IKoNE - Pilotprojekt der planfestgestellte Neckarseitenarm mit Umgehungsgerinne und Still- und Laichgewässern in Projektpartnerschaft mit dem Wasser- und Schifffahrtsamt (WSA) gebaut. Grundlage ist die erweiterte Planung des Büros Geitz und Partner vom 26.06.2009, die die Uferunterhaltungsmaßnahmen des WSA mit Neckardammöffnung berücksichtigt.

Die Bau- und Planungskosten betragen 3,4 Mio. € (brutto).

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

BM **Schmid** verweist auf die vorliegende Beschlussvorlage Nr. 311/09 und geht kurz darauf ein. Er begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Vertreter des Wasser- und Schifffahrtsamts Stuttgart.

Anschließend spricht Herr **Braun** (Wasser- und Schifffahrtsamt Stuttgart) die Zusammenarbeit des Wasser- und Schifffahrtsamtes mit der Stadt Ludwigsburg beim Pilotprojekt IKoNE Neckarseitenarm Zugwiesen und beim Projekt in Hoheneck an.

Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) erläutert anhand von Plänen das Projekt Neckarseitenarm Zugwiesen.

In der sich anschließenden Aussprache wird innerhalb des Gremiums das Thema der Wegeplanung angesprochen. Mehrheitlich wird für eine getrennte Wegeführung von Fußgängern und Radfahrern bzw. Fahrzeuge plädiert.

Stadträtin **Matschiner** beantragt, dass die Wegeführung geändert wird.

Des Weiteren wird aus der Mitte des Gremiums Kritik darüber geäußert, dass die Planung in dieser Sitzung zum ersten Mal im Gremium vorgestellt wurde.

Fragen aus dem Gremium werden von Herrn **Kohler** und BM **Schmid** beantwortet. BM **Schmid** weist darauf hin, dass die Planung bereits im Beirat und auch im BTU in nicht öffentlicher Sitzung vorgestellt wurde.

Zum Ende der Beratung des Themas IKoNE Neckarseitenarm Zugwiesen lässt BM **Schmid** über die Vorl.Nr. 311/09 abstimmen.

Ergänzend zur Beratung des Projekts IKoNE Neckarseitenarm Zugwiesen erläutert und verdeutlicht Herr **Geitz** (Landschaftsarchitekturbüro Geitz und Partner) anhand von Bildern die Entwicklung des Neckars in den letzten Jahrzehnten im Bereich der Staustufe Poppenweiler/Zugwiesen und er macht ergänzende Ausführungen zur Planung des Projekts Zugwiesen.

Es folgt dann eine Aussprache zur getrennten Wegeführung. Am Ende der Aussprache lässt BM **Schmid** darüber abstimmen, ob die Verwaltung eine alternative Planung vorlegen sollte.

Das Gremium beschließt mit 14 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig, dass die Verwaltung dem Gremium eine alternative Wegeplanung vorlegt.

Im Rahmen der Beratung der Vorl.Nr. 311/09 geht Herr **Schlecht** (FB Tiefbau und Grünflächen) auf das Thema Öko-Konto ein und zeigt anhand von Schaubildern die Gesamtbilanz des Öko-Kontos.

Auf Nachfrage von Stadträtin **Burkhardt** sagt Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) zu, dass das Gremium diese Informationen schriftlich bekommt.

Anschließend beantworten Herr **Kohler** und BM **Schmid** Fragen aus dem Gremium zum monetären Ökokonto.

Beschluss:

1. Die stadteinwärts gelegene Bushaltestelle „Oststraße“ in der Hindenburgstraße (Abschnitt 1) wird behindertengerecht umgerüstet und erhält ein Wartehäuschen.
Die geschätzten Kosten betragen ca. 40.000 €. Die Realisierung erfolgt vorbehaltlich der Bereitstellung der Mittel im Nachtragshaushalt 2009.
2. Im folgenden Abschnitt zwischen Vischerstraße und Jägerhofallee (Abschnitt 2) wird ein Parkstreifen angelegt. Auf Höhe der Jägerhofallee wird die Sperrfläche auf der Nordseite durch ein Baumquartier ersetzt, um ein Baumtor zu schaffen. Die geschätzten Kosten betragen zusammen ca. 40.000 €. Diese Maßnahmen sind nicht finanziert und sollen für den Haushalt 2010 angemeldet werden.
3. Auf einen Umbau zwischen Jägerhofallee und Alt-Württemberg-Allee (Abschnitt 3.1) sowie auf die Anlage eines Minikreisverkehrs am Knotenpunkt Hindenburgstraße/Alt-Württemberg-Allee wird aus Kostengründen verzichtet. Alternativ wird die Tempo 30-Beschränkung in diesem Abschnitt aufgehoben, um von der Königsallee bis zur Jägerhofallee (Abschnitte 3.1 und 3.2) auf beiden Straßenseiten einen Radschutzstreifen markieren zu können. Östlich der Alt-Württemberg-Allee wird eine Mittelinsel als Überquerungshilfe für Fußgänger angelegt. Die Kosten für die Maßnahmen in Abschnitt 3.1 und 3.2 (Markierung Radschutzstreifen, Bau einer Mittelinsel) betragen zusammen geschätzt ca. 14.000 €. Diese Maßnahmen sind nicht finanziert und sollen für den Haushalt 2010 angemeldet werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen und getrennt.

Ziffer 1 des Beschlussvorschlags wird mit 15 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Ziffer 2 des Beschlussvorschlags wird mit 5 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Ziffer 3 des Beschlussvorschlags wird mit 4 Ja-Stimmen und 11 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Beratungsverlauf:

Ziffer 2 und 3 des Beschlussvorschlags werden mehrheitlich abgelehnt.

BM **Schmid** erläutert zu Beginn der Beratung die vorliegende Beschlussvorlage Nr. 279/09 und die Planung und geht auf die Finanzierung ein.

Im Rahmen der Aussprache merkt Stadtrat **Schweiß** an, er sei nicht davon überzeugt, ob die Maßnahmen generell sinnvoll sind. Die Maßnahmen sollten notwendig und wichtig sein und wie bei Ziffer 1 finanziell im Haushalt machbar sein. Deshalb stimme die CDU- Fraktion. den Maßnahmen in Ziffer 1 zu. Die zusätzlichen Kosten und Maßnahmen, wie in Ziffer 2 und 3 vorgeschlagen lehne man ab.

Stadträtin **Liepins** stellt fest, die in Ziffer 1 vorgeschlagene Maßnahme sei richtig und sinnvoll. Dieser stimme man zu. Sie fragt an, ob diese im Nachtragshaushalt finanziert ist. Die in den Ziffern 2 und 3 vorgeschlagenen Maßnahmen halte man mehrheitlich für richtig, man wolle diese jedoch im Zusammenhang mit dem Haushalt 2010 beraten. Unter dem Haushaltsvorbehalt könnte man diesen Ziffern zustimmen, das Thema wolle man jedoch im Rahmen der Haushaltsberatungen diskutieren.

Stadträtin **Matschiner** stellt fest, die Maßnahmen seien mit dem Oststadtverein abgesprochen und man könne diese mittragen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimme der Vorlage zu.

Stadträtin **Burkhardt** wirft im Zusammenhang mit der Beratung die Frage auf, ob die Stadtverwaltung das Alleensanierungsprogramm aufgegeben hat. Zur Vorlage merkt sie an, Ziffer 1 der Vorlage könne man zustimmen, damit werde für die künftige Gestaltung nichts verbaut. Die in den Ziffern 2 und 3 gemachten Vorschläge seien problematisch und diese lehne man ab. Tempo-30-Zonen sollten erweitert und nicht in Tempo-50-Zonen umgewandelt werden. Eine bessere Kontrolle von Tempo-30-Zonen würde mehr Sicherheit für Radfahrer bieten als ein „Schutzstreifen“, der in der Hindenburgstraße aufgrund des Verkehrsaufkommens überflüssig ist.

Stadtrat **Glasbrenner** erklärt, die FW-Fraktion würde der Ziffer 1 der Vorlage zustimmen. Die Ziffern 2 und 3 wolle man im Zusammenhang mit der Beratung des Haushalts 2010 diskutieren.

Abschließend weist BM **Schmid** darauf hin, dass die für die Umsetzung der Maßnahme in Ziffer 1 notwendigen finanziellen Mittel im Nachtragshaushalt finanziert sind.

Sodann stellt er zunächst Ziffer 1 des Beschlussvorschlags aus der Vorl.Nr. 279/09 zur Abstimmung.

Ziffer 1 wird mit 15 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Anschließend lässt er über Ziffer 2 des Beschlussvorschlags aus der Vorl.Nr. 279/09 abstimmen.

Ziffer 2 wird mit 5 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Abschließend lässt er über Ziffer 3 des Beschlussvorschlags aus der Vorl.Nr. 279/09 abstimmen.

Ziffer 3 wird mit 4 Ja-Stimmen und 11 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Beratungsverlauf:

Beratungsverlauf siehe Protokoll der Sitzung des Betriebsausschusses Stadtentwässerung vom 16.07.2009.